

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 18 (1977)
Heft: 2

Rubrik: Unsere Meinung

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

also ungültig. (Leider kann sie trotzdem von vielen Zuschauern übernommen werden, die nur jene Darstellung kennen. Die Möglichkeiten des TV-Monopolmediums sind halt gross.)

*

Wenn Heiner Schoch eine direkte Auskunft über das SOI gibt, so vermittelt er indirekt noch eine zweite. Er nennt sowohl das SOI als auch Radio Liberty rechtsstehend, fügt aber bei, bei RL sei zu differenzieren, weil man dort eine gute Research-Arbeit leiste. Ergo: im Unterschied zum SOI.

Nun, vielleicht sieht sich Schoch einmal unsere wissenschaftlichen Publikationen mit ihren Quellenangaben an. Oder falls ihn das Thema interessiert, in unserer Zeitschrift zum Beispiel die Serie über Menschenrechte in der UdSSR («Menschenrecht contra Sowjetrecht», ZB, Nrn. 11—20/1974), alles mit der sowjetischen Normengebung belegt; eine ziemlich präzedenzlose Sache.

Ist Sacharow auch «rechtsstehend»?

«Indem ich auf allgemeinere Probleme zurückkomme, möchte ich noch eine zentrale These meines Buches unterstreichen. Alle Menschen im Westen müssen die Einigkeit und Stärke des Westens angesichts der totalitären Bedrohung unterstützen – zugleich mit beharrlichen Bemühungen um eine ausgewogene Abrüstung und allseitige Zusammenarbeit mit der Zweiten und Dritten Welt.»

Andrej Sacharow: Erklärung «An die ausländischen Leser des Buches „Ueber mein Land und die Welt“, Moskau 1975.

Aber jetzt zuhänden des AI-Pressesprechers eine Information, die er bis jetzt anscheinend noch nicht recherchiert hat:

Das Schweizerische Ost-Institut macht Research-Arbeiten und Uebersetzungen auch für Amnesty International.

Uebrigens gratis. Das SOI und die betreffenden Mitarbeiter tun das gerne. Als Unterstützung für die gute Sache von AI. Und das SOI wird das auch weiterhin gerne tun. An uns soll die Zusammenarbeit nicht scheitern.

Oder hätte ich sie jetzt zum Scheitern gebracht, weil ich erstmals öffentlich davon rede? Weil ein bekanntgewordener Umgang mit uns diskreditiert? Das wäre doch traurig für AI, die keinerlei «politische oder ideologische Rücksichten» nimmt, wie es in der Sendung hiess.

Logischer wäre eigentlich das andere: Wenn Herr Schoch die Zusammenarbeit mit uns als Gefährdung der Menschenrechte ansieht, müsste er da nicht seine Zugehörigkeit zu Amnesty International überdenken? Aber noch besser wäre es, wenn er sich jetzt ganz einfach ein klein bisschen schämen würde.

Aber wie immer: Heiner Schoch muss wohl zur Kenntnis nehmen, dass wir zwar entgegen seiner Darstellung nicht Bukowskij betreut haben, wohl aber Amnesty International.

Im Interesse der gemeinsamen Sache.

Christian Brügger

Unsere Meinung

Zum TV-Interview mit Bukowskij

Das Interview Balz Hosang—Wladimir Bukowskij scheint mir (meinen Eindruck kann der Leser anhand des vorgelegten Textes auf Seite 3 überprüfen) von den Fragen aus ein Musterbeispiel dessen zu sein, wovor der Beitrag angeblich warnen will: Missbrauch Bukowskij's zu einseitigen politischen Zwecken.

Die Methode ist die suggerierte Alternative. Entweder erklärt sich Bukowskij für befähigt, die innenpolitischen Konstellationen der Schweiz von seiner Ankunft an zu durchschauen, oder er räumt die Möglichkeit ein, von einseitigen (und selbstredend rechtsstehenden) Kräften für ihre Zwecke ausgenutzt zu werden. Entweder leugnet Bukowskij die Universalität des Kampfes für Menschenrechte, oder er anerkennt sie und distanziert sich «somit» von jenen Kreisen, die sich auf den Kampf für die Menschenrechte in kommunistisch regierten Ländern spezialisiert haben und das womöglich sogar noch mit Systemkritik verbinden. Entweder erkennt Bukowskij seine einzig wahren Freunde unter den Leuten, die keine ideologischen Vorurteile haben (antikommunistische, versteht sich; eine sozialistische Weltanschauung wird man wohl noch haben dürfen), oder er schlägt sich im vornherein auf die Seite der inländischen Reaktion.

Der Wert solcher Alternativen ist einzusehen. Man stelle sich vor, zur Nazizeit wäre ein entlassener deutscher Politgefangener gefragt worden, ob er auch für seine Leidensgenossen bei den andernorts unterdrückten Frontisten eintreten wolle oder ob er Partei für die einseitig antinationalsozialistisch gesinnten Elemente ergreife. Der Vergleich mag im Detail falsch sein (es gibt — ist

anzunehmen — Kommunisten in Chile, die bloss ihrer Gesinnung wegen eingesperrt wurden, und es gab während des Krieges Frontisten, die trotz ihren über die Gesinnung hinausgehenden Taten nicht eingesperrt waren), aber er stimmt im Prinzip. Und er stimmt jedenfalls für alle unter uns, die im kommunistischen System nicht das Andersdenken bekämpfen, sondern dessen Abschluss, der allerdings weltanschaulich bedingt sein kann.

Mit der Suggestion der falschen Alternative hatte es im Bukowskij-Interview noch seine besondere Bedeutung. Dem kundigen Zuschauer wurde sofort (und dem andern im nächsten Sendeabschnitt) klar, welche hiesigen politischen Kräfte als unbefugt für eine Zusammenarbeit mit Bukowskij zu gelten hatten, aber sie wurden ihm gegenüber nicht politisch definiert, und selbst die konkrete Frage bezüglich «Glaube in der 2. Welt» erfolgte soweit in formaler Arglosigkeit. Der Fragesteller führte das Interview als Teil einer innenpolitischen Auseinandersetzung, an der Bukowskij weder teilhaben konnte noch wollte. Und was er allenfalls merkte, durfte er sich nicht anmerken lassen.

Um so bewundernswerter sind seine Antworten. Er verstand es, die suggerierte Alternative zu verneinen, ohne ihre Bestandteile zu refüsieren. Er bekannte sich zum Kampf für Menschenrechte und zu seiner spezifischen Rolle darin. Er sicherte dabei «Glauben in der 2. Welt» seine Unterstützung zu, und er sprach sich für die gegenseitige Unterstützung aller globalen Kräfte gegen Repression und Intoleranz aus. Und Bukowskij hat ausgesprochene Fangfragen pariert, ohne sie zu quittieren. Das war nicht bloss Geschick. Sondern die Ueberzeugungskraft eines Mannes, für den der Kampf um die Menschenrechte vom Kampf gegen den Totalitarismus nicht zu trennen ist. cb



Anderswo nimmt Amnesty International im Interesse der Menschenrechte gemeinsam mit Organisationen, die auf den Ostblock spezialisiert sind, an öffentlichen Demonstrationen teil. Wie die Brüsseler Zeitung «Le Soir» am 13. 12. 1976 berichtete, fand am 11. 12. 1976 in der belgischen Hauptstadt eine solche Kundgebung zugunsten von Gewissensgefangenen in der UdSSR vor der sowjetischen Botschaft statt. Aufgerufen hatte dazu das «Internationale Komitee für Gewissens- und Glaubensfreiheit», das unter anderem die «Christliche Vereinigung für die Kirche des Schweigens» und Amnesty International umfasst. (Bild: «Le Soir», Brüssel)